

Entschließungsantrag
der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes
und der Strafprozeßordnung**
— Drucksachen 12/104, 12/209, 12/218 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, den zuständigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages einmal jährlich – beginnend im Mai 1991 – einen Bericht vorzulegen über die Umsetzung des Kriegswaffenkontroll- sowie des Außenwirtschaftsgesetzes im Berichtsjahr, welcher Aufschluß gibt über:

- erteilte Exportgenehmigungen: Anzahl, Warenart, Transit- und Empfängerländer;
- Anzahl der eingeleiteten und abgeschlossenen Strafermittlungsverfahren:
Art der Verstöße und der Erledigung, Sanktionsumfang;
- Überblick über Anlässe, Anzahl und Ergebnisse der gemäß §§ 39ff. AWG durchgeführten Einschränkungen des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses.

Bonn, den 19. März 1991

Christina Schenk, Werner Schulz (Berlin), Vera Wollenberger und Gruppe

